

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

U+s Alexanderplatz

Landeselternausschuss Berlin
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

www.leaberlin.de

An SenBJW

Vorsitzender	Norman Heise
Geschäftsstelle	Gabriele Safferthal
Zimmer	5A09
Telefon	030 90227 5684
Zentrale ■ intern	030 90227 50 50 ■ 9227
Fax	+49 30 90227 6444 gabriele.safferthal @senbjw.berlin.de
eMail	LEA@senbjw.berlin.de
Datum	16.03.2015

LEA-Beschluss „Dauerhafte Finanzierung der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität von Schulsozialarbeit für alle Schulen und Einrichtung von Schulpsychologenstellen zur Sicherstellung von Sprechstunden vor Ort an jeder Schule“

Der Landeselternausschuss (LEA) hat auf seiner Sitzung am 13.03.2015 folgendes beschlossen:

Der LEA fordert, dass spätestens zum Ende des nächsten Haushaltsjahres an allen Schulen des Landes, auch an den Gymnasien, dauerhaft Schulsozialarbeiter vorhanden sind, wie es das Rahmenprogramm Kooperation Jugendhilfe und Schule zwar in Aussicht stellt, aber nicht in allen Bezirken bis heute umgesetzt ist, da es wohl noch an der nachhaltigen Finanzierung fehlt, um an JEDER Schule Sozialarbeiter während des gesamten Schultages einzusetzen. Damit eine nachhaltige, qualitativ hochwertige Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule in Form der Schulsozialarbeit an jeder Schule in Berlin gewährleistet werden kann, fordert der LEA ferner, dass die Einstellung von Schulsozialarbeitern nicht von kurzfristigen Projektausschreibungen abhängig, sondern dauerhaft und nachhaltig abgesichert im Etat des Landes verankert ist.

Der Jugendarbeit liegen eigene Bildungsinhalte zugrunde, die von LehrerInnen nicht mit abgedeckt werden können, aber für die Entwicklung von Jugendlichen unverzichtbar sind. Dazu gehören u. a. Gewaltprävention, Förderung der Partizipation von Jugendlichen in der Schul-, Bezirks- und Landesgremien laut Schulgesetz, Verhinderung von Schuldistanz, Stärkung sozialer Kompetenzen, Berufsorientierung.

Durch den 14. Kinder- und Jugendbericht (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/14-Kinder-und-Jugendbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>) ist festgestellt worden, dass sich das Leben der SchülerInnen u. a. durch den gebundenen und offenen Ganzttag von einer "Familienkindheit" in eine betreute Kindheit verändert hat. Hier kann der Staat nicht die

Schulpflicht in den Nachmittag ausdehnen, ohne auch finanzielle Verantwortung übernehmen für die Zeit, die die SchülerInnen länger dort verbringen, auch um die seelischen Belange muss sich jemand kümmern und hier sind die Schulsozialarbeiter die Berufsgruppe, die das in ihrer Ausbildung gelernt hat, nicht LehrerInnen, die das auch noch "nebenbei" machen sollen.

Der LEA fordert, dass das schon vorhandene Bildungskonzept (<http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/ganzheitliche-bildung/jugendsozialarbeit.pdf?start&ts=1330441477&file=jugendsozialarbeit.pdf>) der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit an Schulen ausfinanziert wird, damit es in JEDER Schule praktisch umgesetzt werden kann, um einheitliche Standards in Berlin zu gewährleisten und **eine den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen angepasste Finanzierung der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität für alle Schulen** sicherzustellen.

Bei Kooperationsverträgen von Schulen mit Träger der Jugendhilfe muss darauf geachtet werden, dass nur solche Träger zugelassen werden,

- a) die die Einhaltung der allgemein anerkannten Qualitätsstandards nachweisen,
- b) sowie deren arbeitsvertraglichen Vergütungen nicht zu prekären Arbeitsverhältnissen ihrer Mitarbeiter führen.

Darüber hinaus fordert der LEA, dass auch die Stellen von Schulpsychologen soweit ausgebaut werden, dass eine Versorgung aller bezirklichen Regionen und Schulen jederzeit gewährleistet ist und auch bei Problemen ein zeitnahes Eingreifen ermöglicht wird. Dabei sollte darauf hingewirkt werden, dass spätestens am Ende des nächsten Haushaltsjahres an jeder Schule mindestens einmal wöchentlich eine Sprechstunde der Schulpsychologen angeboten werden kann.

Der LEA fordert die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen auf, sich im Bezirk und auf Landesebene hierfür aktiv einzusetzen.